



Ausschuss für Migrationsangelegenheiten

19. Sitzung (öffentlich)

Donnerstag, 28. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.25 Uhr

Vorsitz: Oda-Gerlind Gawlik (SPD)

Stenografin: Beate Mennekes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
Vor Eintritt in die Tagesordnung	1
Begrüßung der Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, Birgit Fischer	
Zur Tagesordnung	2
Der Ausschuss kommt überein,	
- den Tagesordnungspunkt "Planung eines Zuwanderungsmuseums in Nordrhein-Westfalen" auf die nächste Sitzung zu verschieben	
- den Punkt "Umsetzung des Bundeszuwanderungsgesetzes vor Ort ab voraussichtlich 1. Januar 2003" als Tagesordnungspunkt 1 und damit vor den Haushaltsberatungen zu behandeln	
- den Punkt "Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz - FlüAG) und Drittes Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufnG)" zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen.	

1 Bei Einbürgerung schriftliche Sprachtests auch in NRW einführen

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 13/3117

3

- Bericht von MR Nagel (Innenministerium)
- Diskussion

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

2 Umsetzung des Bundeszuwanderungsgesetzes vor Ort ab voraussichtlich 1. Januar 2003

10

- Bericht der Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, Birgit Fischer
- Bericht von MR Münzer (Innenministerium)
- Diskussion

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfeverordnung - BVO)

14

- Bericht der Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, Birgit Fischer
- Diskussion und Abstimmung über Änderungsanträge und GesamtAbstimmung

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 1) wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 2) wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 3) wird zurückgezogen.

Der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (s. Anlage, lfd. Nr. 4) wird bei deren Zustimmung gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 5) wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 6) wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 7) wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 8) wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Ausschuss stimmt in der Gesamtabstimmung dem Einzelplan 15 - Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie - bezogen auf seinen Zuständigkeitsbereich - einschließlich der zuvor beschlossenen Änderungen - mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP zu.

4 Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz Flü-AG) und Drittes Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufnG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/3202

19

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum an den federführenden Ausschuss.

Um der Kritik, die CDU hätte sich von Anfang an gegen ein Zuwanderungsgesetz - zumindest in der Form – gestellt, vorzubeugen, verweise er auf Initiativen auf Bundesebene, mit der SPD eine Vereinbarung über den Integrationsteil zu treffen.

Britta Altenkamp (SPD) hält das von der CDU vorgeschlagene Vorgehen für nicht durchführbar. Ganz unabhängig davon, wie das Urteil im Dezember ausfalle, müssten alle Regelungen auf ein In-Kraft-Treten am 01.01.2003 abzielen. Die CDU werde innerhalb der Sozialdemokratie von Nordrhein-Westfalen niemanden finden, der dieses Gesetz erst am 01.07.2003 in Kraft treten lassen wolle.

Ministerin Birgit Fischer unterstreicht die Ausführungen von Frau Altenkamp. Das Ministerium treffe alle Vorkehrungen für ein In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes am 01.01.2003, sprich: bereite auch die notwendigen Verordnungen vor. Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden hätten natürlich stattgefunden. Logischerweise könne zu Beginn nicht alles absolut perfekt laufen.

Was die Finanzierung anbelange, weise der Landeshaushalt Gelder in Höhe von 27,5 Millionen € für die Aufbaukurse aus; die Zuständigkeit für die Finanzierung der Grund- und Orientierungskurse liege beim Bund.

Die CDU strapaziere die gute Zusammenarbeit in diesem Ausschuss erheblich, kritisiert **Horst-Dieter Vöge (SPD)**. Ohne auf die Ausführungen der Ministerin und des Vertreters des Innenministeriums einzugehen, habe Herr Kufen nur einen Anlass für seine vorbereitete Rede gesucht. Wie auch bei anderen Gesetzen, die sie ablehne, schiebe die CDU die Kommunen und deren angebliche Probleme vor. In Wahrheit wüssten die Kommunen sehr gut, was auf sie zukomme, und seien gut vorbereitet. Die Forderung, das In-Kraft-Treten des Gesetzes auf den 01.07.2003 zu verschieben und somit sechs Monate Stillstand im Lande in Kauf zu nehmen, bezeichne er schlicht als unseriös.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) geht von einer Vorbereitung der Kommunen aus, welche aber sicher nicht ausreiche. Sie stimme Herrn Kufen zu, dass die finanziellen Mittel des Bundes und des Landes bei weitem nicht genügten, um das Zuwanderungsgesetz im geplanten Sinne auszuführen. Trotzdem stehe die FDP für ein In-Kraft-Treten dieses Gesetzes am 1. Januar 2003 und damit die schon lange erforderliche gesetzliche Zuwanderungsregelung.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung – BVO)

Ministerin Birgit Fischer führt aus:

Zur vorliegenden Ergänzungsvorlage: Sie wissen, dass nach dem aktuellen Ergebnis der Steuerschätzung die Mindereinnahmen für den Landeshaushalt rund 1,4 Milliarden € betragen. Hinzu kommen weitere Einnahmeausfälle aus nicht erhobenen Studiengebühren, und zwar 109 Millionen €, höhere Ausgaben beim Wohngeld im Umfang von 75 Millionen € sowie weitere unausweichliche Mehrausgaben von 33,5 Millionen €. Dagegen fließen dem Land als Folge der Gesetzesbeschlüsse der Bundesregierung durch Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen im kommenden Jahr 253 Millionen € zusätzlich zu.

Unter dem Strich muss das Land demnach weitere 1,4 Milliarden € an Belastungen verkraften, und das zusätzlich zu den bereits mit dem Haushaltsentwurf 2003 eingesparten 1,4 Milliarden €. Dennoch kann Nordrhein-Westfalen einen verfassungskonformen Haushalt aufstellen, und die politischen Schwerpunktsetzungen der Landesregierung gelten weiter.

Um die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu kompensieren, sieht die Ihnen vorliegende zweite Ergänzungsvorlage folgendes Maßnahmenpaket vor:

- Höhere Neuverschuldung im Rahmen der einzuhaltenden Verfassungsgrenze in Höhe von 526 Millionen €,
- globale Minderausgaben in den Ressorthaushalten in Höhe von 300 Millionen €,
- globale Minderausgaben im Personalbereich in Höhe von 280 Millionen €,
- Einnahmen aus dem Verkauf der Landesbausparkasse in Höhe von 150 Millionen € und
- sonstige Einsparungen und Mehreinnahmen in Höhe von 155,5 Millionen €.

Die in den Ressorthaushalten zu erwirtschaftenden globalen Minderausgaben in Höhe von 300 Millionen € werden im Haushaltsvollzug 2003 zu Kürzungen in allen Förderbereichen des Landeshaushaltes führen. Auf den Geschäftsbereich des bisherigen MASQT und damit auch auf die Haushaltspositionen des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten entfällt ein Betrag von rund 36 Millionen € für die globale Minderausgabe. Einzelheiten zu allen Einsparungen werden erst im Laufe des Jahres 2003 feststehen.

Darüber hinaus sind Haushaltspositionen dieses Ausschusses im Rahmen der Ergänzungsvorlage noch von der Verteilung der bisher zentral im Einzelplan 20 der Allgemeinen Finanzverwaltung ausgewiesenen globalen Minderausgabe in Höhe von 30 Millionen € auf die einzelnen Ressorts betroffen. Sie führt zu Einsparungen bei Einrichtungen und anderen Organisationsformen:

Bei der institutionellen Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen und den institutionellen Förderungen nach § 96 BVFG werden

die Vorjahresansätze um jeweils 5 % reduziert. Gleich hohe Kürzungen werden bei allen institutionellen Förderungen des Einzelplanes 15 vorgenommen. Globale Minder Ausgaben werden für die Verwaltungen der Landesstelle Unna-Massen in Höhe von rund 180.000 € und des Landesentrums für Zuwanderung in Höhe von 20.000 € ausgewiesen.

Thomas Kufen (CDU) kritisiert scharf die späte Zuleitung der Ergänzungen, die er als Zustimmung dem Parlament gegenüber betrachte, weil sie eine seriöse Beratung verhindere.

Kapitel 15 060 Landesmaßnahmen für Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige sowie für ausländische Flüchtlinge

Titelgruppe 61 Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG

Titel 684 61 Zuschüsse an kulturelle oder ähnliche Einrichtungen

Änderungsantrag der CDU-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 1)

Hagen Jobi (CDU) erklärt die Forderung nach einer Erhöhung um 250.000 € bei der Projektförderung nach § 96 damit, dass sie als der große Multiplikator in den „unteren“ Reihen - bei den Kreisgruppen, den Landsmannschaften und bei dem Bund der Vertriebenen - gesehen werden könne. Diese Projekte ermöglichten das Treffen von Mensch zu Mensch.

Da er immer an den Konsens glaube, erkenne er an, dass sich die Landesregierung vehement zu § 96 bekannt habe, der im Zusammenhang mit dem Zuwanderungsgesetz auf Anraten von Niedersachsen hätte gestrichen werden sollen. In diesem Sinne bitte er die Ministerin um Einbringung der ursprünglichen Zielvorstellung.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Titelgruppe 62 Untersuchungen, Veranstaltungen und Informationsmaßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Eingliederung von Zuwanderern

Titel 686 62 Zuschüsse an freie Träger

Änderungsantrag der FDP-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 2)

Dr. Ute Dreckmann (FDP) begründet alle Änderungsanträge der FDP mit der Einsetzung dieser Mittel zur Verwirklichung der Integrationsoffensive. Sie wolle daher nicht auf jeden Antrag einzeln eingehen.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Titelgruppe 63 **Förderung von Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie zur friedlichen Konfliktregelung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf**

Titel 633 63 **Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände**

Änderungsantrag der CDU-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 3)

Und:

Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (s. Anlage, lfd. Nr. 4)

In Verbindung damit:

Titel 686 63 **Zuschüsse für laufende Zwecke an freie und sonstige Träger**

Änderungsantrag der FDP-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 5)

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird **zurückgezogen**.

Der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/die Grünen wird bei deren Zustimmung gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ausschuss für Migrationsangelegenheiten
19. Sitzung (öffentlich)

28.11.2002
me

Titelgruppe 64 Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer/innen und Migranten/-innen

Titel 633 64 Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände

Änderungsantrag der FDP-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 6)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Titelgruppe 64 Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer/innen und Migranten/-innen

Titel 686 64 Zuschüsse für laufende Zwecke

Änderungsantrag der FDP-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 7)

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Titelgruppe 65 Förderung von Maßnahmen und Initiativen insbesondere zur Eingliederung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und sonstigen Neuzuwanderern

Titel 686 65 Zuschüsse zur sozialen Integration insbesondere von Spätaussiedlern und sonstigen Neuzuwanderern

Änderungsantrag der FDP-Fraktion (s. Anlage, lfd. Nr. 8)

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Ausschuss stimmt sodann dem **Einzelplan 15** - Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie - bezogen auf seinen Zuständigkeitsbereich - einschließlich der zuvor beschlossenen Änderungen - mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP zu.

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15
im Ausschuss für Migrationsangelegenheiten
zum Haushaltsgesetz 2003

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 15060 Landesmaßnahmen für Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige sowie für ausländische Flüchtlinge</p> <p>Titelgruppe 61 Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG</p> <p>Titel 684 61 Zuschüsse an kulturelle oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>(Ansatz lt. HH 2002 1.951.500 Euro)</p> <p>von 1.891.700 € um 250.000 Euro auf 2.141.700 Euro</p> <p>Zugunsten der Projektförderung mit entsprechender Änderung von Ziffer 5 der Erläuterungen.</p> <p>Begründung: Die Erhöhung ist notwendig zur Gewährleistung einer effektiven Projektförderung bei den Vertriebenenverbänden.</p>	<p>SPD CDU FDP GRÜNE</p> <p>(2. Ergänzung)</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15
im Ausschuss für Migrationspolitik
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2 2	FDP	<p>Kapitel 15 060 Titel 686 62</p> <p>Landesmaßnahmen für Zugewanderte Zuschüsse an freie Träger</p> <p>(Ansatz lt. HH 2002 204.500 €)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 25.000 Euro um 179.500 Euro auf 204.500 Euro</p> <p>Haushaltsvermerk: Die Mittel in Höhe von 179.500 € sollen für Maßnahmen im Rahmen der Integrationsoffensive für schon hier lebende Migranten zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Begründung: Die Umsetzung der vom Landtag beschlossenen Integrationsoffensive bedarf der zusätzlichen Haushaltsmittel.</p>	<p>- <i>Unterstützungen, Voraussetzungen...</i> SPD CDU FDP GRÜNE</p>

Anlage zu Vorlage 13/yy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2 3	CDU	<p>Kapitel 15060 Titelgruppe 63 Antidiskriminierungsarbeit und Maßnahmen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung</p> <p>Titel 633 63 Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Ansatz lt. HH 2002 255.700 Euro</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <p>von 557.500 Euro um 250.000 Euro auf 307.500 Euro</p> <p>Begründung: Die Finanzierung dieser Aufgabe soll künftig teilweise über die pauschale Zuweisung von Mitteln nach dem GFG erfolgen.</p>	SPD CDU FDP GRÜNE

Siehe auch Nr. 4 SPD/Grüne

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15
im Ausschuss für Migrationsangelegenheiten zum Haushaltsgesetz 2003

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
<p>4 s. auch Nr. 3 und Nr. 5</p>	<p>SPD/Bündnis 90/Die Grünen</p>	<p>Kapitel 15 060, Landesmaßnahmen für Zuwanderer Titelgruppe 63, Förderung von Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung ... Titel 633 63 - <i>Finanzierung für Landjuden in Gemeinden und (Ansatz TG 63 HH 2002 1022600)</i></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 557 500 Euro um 57 500 Euro auf 615 000 Euro</p> <p>Die Mittel werden außerdem im Haushaltsplan 2003 in der gleichen Titelgruppe unter Titel 686 63 ausgewiesen. <u>Verlagerung</u> nach Titel</p> <p><u>Begründung:</u> Aufgrund des zugenommenen Rechtsradikalismus, eines hervorbrechenden Antisemitismus aber auch der bis Mitte 2003 in nationales Recht umzusetzenden EU-Antidiskriminierungsrichtlinie sollten die Mittel nicht allein die vorhandenen Strukturen ausreichend sichern, sondern auch in gewissem Umfang Projektarbeit finanzieren. Dies wird durch die Erhöhung des Ansatzes ermöglicht.</p>	<p><i>Gemeindeverbände</i></p> <p><u>686 63</u> - <i>Finanzierung für Landjuden in Gemeinden</i> <i>an freie und sonstige Träger</i></p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15
im Ausschuss für Migrationspolitik
zum Haushaltsgesetz 2003

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3 5	FDP	<p>Kapitel 15 060 Titel 686 63</p> <p>Landesmaßnahmen für Zugewanderte Zuschüsse für laufende Zwecke an freie und sonstige Träger</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 0 Euro um 1.022.600 Euro auf 1.022.600 Euro</p> <p>Haushaltsvermerk: Die Mittel in Höhe von 1.022.600 € sollen für Maßnahmen im Rahmen der Integrationsoffensive für schon hier lebende Migranten zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Begründung: Die Umsetzung der vom Landtag beschlossenen Integrationsoffensive bedarf der zusätzlichen Haushaltsmittel.</p>	63 SPD CDU FDP GRÜNE
Siehe	aus		
Nr. 4	SPD/Grüne	<p>(Ansatz lt. HH 2002 1.022.600 €)</p>	

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15
im Ausschuss für Migrationspolitik
zum Haushaltsgesetz 2003

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4 6	FDP	<p>Kapitel 15 060 Titel 633 64</p> <p>Landesmaßnahmen für Zugewanderte Zuweisungen für laufende Zwecken Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>(Titelgruppe 64 (Ansatz lt. HH 2002 2.791.700))</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 2.382.600 Euro um 409.100 Euro auf 2.791.700 Euro</p> <p>Haushaltsvermerk: Die Mittel in Höhe von 409.100 € sollen für Maßnahmen im Rahmen der Integrationsoffensive für schon hier lebende Migranten zur Verfügung gestellt werden. Begründung: Die Umsetzung der vom Landtag beschlossenen Integrationsoffensive bedarf der zusätzlichen Haushaltsmittel.</p>	<p>- Einplizierung aus Eduard SPD CDU FDP GRÜNE</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15
im Ausschuss für Migrationspolitik
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4 7	FDP	<p>Kapitel 15 060 Titel 686 64</p> <p>Landesmaßnahmen für Zugewanderte Zuschüsse für laufende Zwecke</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p style="text-align: right;">(Ansatz lt. HH 2002 8.497.700 €)</p> <p style="text-align: right;">von 6.610.200 € (2. Ergänzung) um 1.876.600 Euro auf 8.486.800 €</p> <p>Haushaltsvermerk: Die Mittel in Höhe von 1.876.600 € sollen für Maßnahmen im Rahmen der Integrationsoffensive für schon hier lebende Migranten zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Begründung: Die Umsetzung der vom Landtag beschlossenen Integrationsoffensive bedarf der zusätzlichen Haushaltsmittel.</p>	<p>- Eingliederung aus Ländern der SPD CDU FDP GRÜNE</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15
im Ausschuss für Migrationspolitik
zum Haushaltsgesetz 2003

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5 8	FDP	<p>Kapitel 15 060 Titel 686 65</p> <p>Landesmaßnahmen für Zugewanderte Zuschüsse zur sozialen Integration insbesondere von Spätaussiedlern und sonstigen Neuzuwanderern</p> <p>(Titelgruppe 65 (Ansatz lt. HH 2002 1.457.200 €)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 1.157.200 Euro um 300.000 Euro auf 1.457.200 Euro</p> <p>Haushaltsvermerk: Die Mittel in Höhe von 300.000 € sollen für Maßnahmen im Rahmen der Integrationsoffensive für schon hier lebende Migranten zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Begründung: Die Umsetzung der vom Landtag beschlossenen Integrationsoffensive bedarf der zusätzlichen Haushaltsmittel.</p>	<p>- Förderung von Neuforderungen ... für SPD Ein gliederung von Spöt ein. CDU niedlern... FDP GRÜNE</p>